



Interviews

Datum: 13.12.2022 "Informationen am Morgen"

Dirk Müller im Gespräch mit Roderich Kiesewetter, CDU-MdB, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarische Kontrollgremiums (PKGr)

Dirk Müller: Wie groß ist die Gefahr von rechts? Wie groß ist das Eskalationspotenzial von Reichsbürgern, von Verschwörungstheoretikern, von rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppierungen, Netzwerken in Deutschland? Die Großrazzia in der vergangenen Woche hat diese Fragestellungen wieder ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. 54 Beschuldigte aus der Reichsbürger-Szene zählt der Generalbundesanwalt. 23 von ihnen sollen in U-Haft sein, darunter ein Adeliger, eine Ex-AfD-Politikerin, ein Soldat, ein Polizist und viele mehr. Wie gewaltbereit sind, waren diese mutmaßlichen Putschisten? Es soll viele Mitwisser gegeben haben. Es soll viele Mitplaner gegeben haben. Zahlreiche Waffen sind ebenfalls im Spiel. Gestern gleich mehrere Ausschüsse des Bundestages, die sich mit all diesen Fragen genauer beschäftigt haben. Darunter auch der CDU-Außen- und Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter, der für die Unions-Fraktion im Geheimdienstausschuss sitzt. Die korrekte Bezeichnung dafür ist das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr). Einen schönen guten Morgen.

Roderich Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr Kiesewetter, ist das alles gravierender als angenommen?

Kiesewetter: In jedem Fall hat das Bundesamt für Verfassungsschutz sehr gut gehandelt, auch das Innenministerium in der Vorbereitung. Die weiteren Ermittlungen werden zeigen, welche Gefahr und welches Gefahrenpotenzial dort noch verborgen liegt. In jedem Fall hat der Staat sehr früh vorbeugend richtig gehandelt. Das kann ich nur unterstreichen. Das Gefahrenpotenzial wird auch dadurch deutlich, dass deutlich mehr damit verbunden sind und die Festnahmen ja nur ein Teil derjenigen sind, gegen die ermittelt wird. Insgesamt unter dem Strich ein starker Staat, der rechtzeitig gehandelt hat.

Müller: Hatten Sie so etwas auf der Rechnung?

Kiesewetter: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in seinem Bericht 2021 schon erheblich vor der zunehmenden Radikalisierung der Reichsbürger-Szene gewarnt und auch vor dem Zuwachs. In den Jahren _18 und _19, wenn man in die Berichte schaut, waren es noch etwa 18.000 Menschen, die dieser Reichsbürger-Szene zugeordnet wurden, und 2021 bereits 23.000, und der Verfassungsschutz sprach von zunehmender Radikalisierung und Gewaltbereitschaft. Wir hatten das auch im Fokus, der Innenausschuss, der Rechtsausschuss gleichfalls, und es ist gut, dass diese Befürchtungen, die frühzeitig geäußert wurden, nicht aus dem luftleeren Raum waren, sondern durch die Ermittlungen sich auch bestätigt haben.

Müller: Die Warnungen, sagen Sie, zitieren Sie, hat es immer wieder gegeben. Reicht es aus, zu warnen?

Kiesewetter: Es wurde ja nicht nur gewarnt, sondern jetzt hat der Rechtsstaat gehandelt. Er hat frühzeitig gehandelt, lange vorbereitet und hat eine ganze Reihe von Vernetzungen aufgedeckt. Nur jetzt muss auch der Rechtsstaat wirken und das bedeutet, dass über viele Wochen, vielleicht auch Monate die Auswertung erfolgt. Eines wird aber jetzt bereits klar: Die Ampel forderte bisher immer eine Überwachungs-Gesamtrechnung der staatlichen Maßnahmen. Ich glaube, durch diese Aktion ist klar geworden: Wir brauchen eine Bedrohungs-Gesamtrechnung statt einer Überwachungs-Gesamtrechnung. Da würden wir auch als Union unterstützen. Aber dazu muss der Staat dann auch aktiver werden.

Müller: Das müssen Sie uns bitte noch etwas erklären. Überwachungs-Gesamtrechnung – was heißt das?

Kiesewetter: Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag und in den Gesprächen, die sie bisher mit Innenpolitikern und Außenpolitikern geführt hat, immer wieder deutlich gemacht, besonders von der FDP, dass die Bevölkerung wissen soll, welche Maßnahmen in der Überwachung, in der auch Fernmeldeüberwachung etc. getan werden. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz. Was wir brauchen ist eine Bedrohungs-Gesamtrechnung. Unser Land ist Kriegsziel Russlands, ist Kriegsziel auch hybrider Bedrohungen, von Cyber-Angriffen un-

anderem mehr. Deshalb müssen wir der Bevölkerung auch klarmachen, woher die Bedrohungen kommen. Eines ist die Reichsbürger-Szene, das andere ist die AfD, die ja immer noch Verdachtsfall ist, und es muss geklärt werden die enge Vernetzung der Reichsbürger-Szene zur AfD, ob man nicht auch die AfD zum Beobachtungsfall einstufen muss. Hier geht es mir eher um eine Bedrohungs-Gesamtrechnung für unsere Bevölkerung, als dass man die Überwachungen eindämmt. Wir machen zu wenig, wir haben zu wenig Fachpersonal und wir müssen hier stärker auch die Dienste vernetzen. Hier finde ich es auch sehr gut, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auf eine gute Vorarbeit aus den Ländern bauen konnte.

Müller: Das hätten Sie auch alles machen können in der vorangegangenen Koalition, weil, wie Sie ja selbst sagen, der Verfassungsschutz hat immer auf diese Strukturen immer hingewiesen. Warum haben Sie das nicht gemacht?

Kiesewetter: Wir wollten das Gesetz für den Verfassungsschutz ja verschärfen und das ist am damaligen Koalitionspartner gescheitert. Insofern hat die Zeitenwende auch eine innenpolitische Dimension. Der damalige Koalitionspartner, die SPD, wollte diese Verschärfungen nicht, aber heute ist das aus meiner Sicht eine Änderung. Und insbesondere muss man auch sehr klar sagen: Der digitale Schutz darf de facto oder die digitale Kommunikation darf eigentlich nicht zu einem Täterschutz führen und auch der Fachkräftemangel in diesen Bereichen muss verbessert werden. Damals ist es gescheitert am Koalitionspartner; heute hat der Koalitionspartner, jetzt selbst in Verantwortung, sehr klar erkannt, dass er da vielleicht zu blauäugig war.

Müller: Sind Sie optimistischer, dann zu Ihrer Zielsetzung zu kommen? Aber sagen Sie nochmal: Was meinen Sie konkret mit Verschärfungen?

Kiesewetter: Ich meine damit eine verstärkte Zusammenarbeit der Dienste untereinander, aber auch besonders des Bundesverfassungsschutzes mit den Landesämtern.

Müller: Mehr Kommunikation? Mehr Austausch?

Kiesewetter: Mehr Kommunikation, mehr Austausch, aber auch mit Blick auf die Waffenbesitzkarten. Wenn jemand mit 20 Jahren als Sportschütze eine Waffenbesitzkarte bekommen

hat und sich im Laufe seines Lebens radikalisiert und zum Beobachtungsobjekt eines Landesverfassungsschutzes wird, dann muss auch geprüft werden, ist die Waffenbesitzkarte noch gerechtfertigt.

Müller: Verschärfung des Waffenrechts für Sie absolut notwendig?

Kiesewetter: Es geht nicht um die Verschärfung des Waffenrechts, sondern um eine bessere Vernetzung. Wir haben in der letzten Periode zweimal das Waffenrecht verschärft durch die EU-Feuerwaffenrichtlinie. Die Verschärfung des Waffenrechts selbst ist es nicht, sondern die Begleitung von Extremisten über ihre Lebensphasen. Wann radikalisiert sich jemand? Ist er im Besitz einer Waffenbesitzkarte? Wenn das der Fall ist, muss sie entzogen werden.

Müller: Das ist wieder Beobachtung.

Kiesewetter: Das ist die Sache der Vernetzung der Sicherheitsbehörden. Ein konkretes Beispiel: Der Militärische Abschirmdienst hat früher dafür gesorgt, dass Extremisten aus der Bundeswehr entlassen werden. Seit einigen Jahren sorgt er auch dafür, dass diese an die Verfassungsschutzbehörden übergeben werden, an das jeweilige Landesverfassungsschutzamt beispielsweise, und das ist wichtiger denn je, denn wir sehen ja, wie die Radikalisierung hier zunimmt.

Müller: Noch mal eine Frage an Sie, der viel Erfahrung hat in dem Bereich, innere, äußere Bedrohungen. Sie selbst waren als Soldat aktiv, als Offizier in Afghanistan. Sie kennen sich aus mit Gewalt. Wenn Sie jetzt von Vernetzung, von mehr Kommunikation reden, werden sich viele fragen, die jetzt nicht in diesem Thema so eingearbeitet sind, viele Hörerinnen und Hörer vermutlich, das kann doch nicht wahr sein, dass wir Sicherheitsorgane und Sicherheitsbehörden haben, die nicht genügend miteinander reden, und das immer noch, obwohl Terror, egal wovon er kommt, von welcher Seite aus, seit vielen, vielen Jahren mit zum Alltag gehört.

Kiesewetter: Ja, aber das ist genau jetzt der Beweis, dass hier gelernt wurde, dass hier in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden diese lang vorbereitete Aktion erfolgreich war. Die Festgenommenen waren offensichtlich überrascht. Es gab keine Vorabinformationen an diese Personenkreise. Hier zeigt der Staat genau das, was die Reichsbürger immer im Ge-

genteil unterstellen. Die reden ja vom schwachen Staat Bundesrepublik Deutschland. Sie erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an. Hier haben sie jetzt den starken Arm des Rechtsstaates gespürt und da müssen wir wirklich auch dankbar sein, dass das in dieser Form geschehen ist und zu einem so frühzeitigen Status, dass die Planungen nicht weiter fortgesetzt werden konnten, Terror gegen die Bundesrepublik Deutschland auszuüben.

Müller: Wir haben nicht mehr viel Zeit. Ich habe noch eine Frage auf der Liste gehabt, noch nicht gestellt. Jetzt ganz kurz: Ist der Bundestag sicher genug?

Kiesewetter: Ja! Der Bundestag ist sicher. Das geht bereits über zehn Jahre zurück ins Jahr 2011, als der Verdacht bestand, dass islamistische Gewalttäter ihn angreifen. Der Bundestag ist sicher und wir Abgeordneten sind auch so stark, dass wir den Radikalisierungstendenzen, die von der AfD, aber auch von anderen ausgehen, entgegentreten. Die Bundestagspolizei ist da, die Sicherheitsbehörden schützen den Bundestag. Es geht darum, dass wir eine resiliente Gesellschaft haben. Wir sind im Krieg. Es geht auch darum, dass wir jetzt die Kraft finden, die Ukraine stärker zu unterstützen. Dazu brauchen wir auch einen starken Rechtsstaat und gute Informationen unserer Bevölkerung.

Müller: Ein paar Sekunden haben wir noch. Ich frage Sie das. Wenn Sie mit der Tasche, mit einem Koffer in den Bundestag gehen, werden Sie kontrolliert, müssen Sie durch die Sicherheitsschleuse. Kein Risiko?

Kiesewetter: Nein, ich werde nicht kontrolliert, und deswegen müssen wir auch sehr sorgfältig schauen, in welcher Weise wir künftig mit der AfD umgehen. Aber wir Bundestagsabgeordnete sind alle sehr sensibilisiert. Wichtig ist, dass auch die Mitarbeitenden kontrolliert werden, insbesondere in der AfD, denn dort gibt es sehr viele Rechtsradikale.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.